



Das

Reichsbanner

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

D 20179 F

Nr. 2 35. Jahrgang Juli 1991

Thüringen zwischen Bangen und Hoffen

Thüringen ist das kleinste der neuen Bundesländer. Nach Brandenburg hat es den höchsten Anteil an kleinen Gemeinden. Fast ein Drittel der Bevölkerung lebt in Landgemeinden bis zu 2000 Einwohnern. Es gibt nur 6 Städte, Erfurt, Gera, Jena, Weimar, Gotha und Suhl mit mehr als 50 000 Einwohnern. In diesen 6 Städten lebt jeder 4. Thüringer.

Das Land hat eine gleichmäßige Verteilung von Dorf, Kleinstadt und mittelgroßer Stadt. Agrar- und Industriegebiete wechseln sich ab, so daß eine recht ausgewogene Struktur vorgefunden wird. Dazwischen liegen immer wieder historisch bedeutsame Regionen mit großem Erholungswert, so der Thüringer Wald.

Die größten Wirtschaftsbereiche waren in der Vergangenheit die Industrie mit ca. 43% der Berufstätigen, die Land- und Forstwirtschaft mit ca. 10%, die Bauwirtschaft mit ca. 6%, der Handel mit 9% und der nichtproduzierende Bereich mit ca. 20%.

Die Industriebeschäftigten lagen etwas über dem ostdeutschen Durchschnitt, was sich aber aus den vier Verdichtungsgebieten erklärt:

1. Ostthüringen um Gera und Greiz. Textilindustrie, Maschinenbau und elektrotechnische Keramik. Der größte und problematischste Betrieb war und ist jedoch die sowjetisch-deutsche AG Wismut mit dem Uranabbau, bei der allein in Thüringen 34 000 Arbeit fanden.

2. Jena und Saalfeld. Jena bekannt durch Carl-Zeiss, Glaswerk-Schott, Jenapharm, Chemiefaserwerk Rudolstadt und Edelstahlwerk Saalfeld.

3. Thüringer Wald und Vorland mit der Kleinindustrie im Maschinenbau und Gerätebau, der Glas- und Keramikherstellung, der Elektrotechnik und der Spielzeugherstellung.

4. Dem Städtezentrum Erfurt-Weimar, um das herum ehemalige Kombinate der Mikroelektronik, des Ma-

schinenbaus, der Umformtechnik angesiedelt waren.

In all diesen Verdichtungsgebieten brach und bricht die Produktion aus 2 Gründen zusammen:

a) Weil der alte Absatzmarkt in den Ostblockländern mangels Devisen verloren ging.

b) Weil dem Anpassungsdruck an den westlichen Produktionsstandard mit völlig veralteten Produktionseinrichtungen und einer total maroden Infrastruktur nicht standgehalten werden kann. Fleiß allein bringt noch keine Investoren in das Land. Solange die Verkehrs- und Kommunikationswege eine zuverlässige Ausführung eines Projektes nicht zulassen, wird auch kein Investor ein Risiko eingehen. Hinzu kommt, daß noch immer Verwaltungsengpässe Genehmigungsverfahren behindern.

Dies wird vor allem in 6 Krisengebieten deutlich:

1. Dem Urangebiet Wismut, 2. den Zeiss-Werken in Jena, 3. der Textilindustrie in Apolda, 4. dem Automobilwerk in Eisenach, 5. dem Industriegebiet um Suhl, 6. der Kaliregion um Sondernhausen/Nordhausen und 7. der Mikroelektronik in Erfurt und Sömmerda. Überall dort gibt es ein großes Potential an gut ausgebildeten Facharbeiter/innen und gleichzeitig doch wenig Hoffnung, daß dieses Potential in absehbarer Zeit durch neue Investoren genutzt wird.

Ähnliches müßte von der Landwirtschaft gesagt werden, die, verglichen mit westlichem Beschäftigungsstandard mit 15:1 eine gewaltige Umstrukturierung mitmachen muß.

Und selbst in einer Branche wie der des Tourismus erlebt Thüringen z.Z. eine Katastrophe. Die Umstrukturierung dauert hier offenkundig viel zu lang. Massenentlassungen waren die Folge.

Die ökonomische Situation ist nicht mit früheren Krisen im Bundesgebiet vergleichbar. Hier krankt nicht eine

Branche oder eine Region, hier erleben wir einen Flächenbrand. Und auch der Vergleich mit der Nachkriegssituation hinkt, da wir nur wenige Kilometer entfernt eine funktionierende und konkurrenzfähige Wirtschaft haben, die natürlich nicht aus reiner Wohltätigkeit Aufbauarbeit leisten wird oder will.

Für den, der aus den alten Bundesländern nach Thüringen kommt und in Thüringen arbeitet, sind es erst einmal 4 Probleme, mit denen er fertig werden muß:

a. Die noch größere Wohnungsnot als in den Altländern, auch was die Qualität der Wohnungsausstattung angeht. Horrende Mieten werden auf dem freien Wohnungsmarkt verlangt.

b. Die leider immer noch hohe Luftverschmutzung gerade in der Heizperiode. Viele Westdeutsche klagten über eine anhaltende Bronchitis.

c. Die fehlende Kommunikationsmöglichkeit mit den Bekannten aus den alten Bundesländern. Hier aber treten sichtbar die größten Fortschritte ein. Das Telefonieren gelingt, zumindest aus den größeren Städten, abends fast immer.

d. Die soziale Versorgung. Der Standard in den Krankenhäusern und Arztpraxen entspricht nicht den Erwartungen, die man aus den Altländern mitbringt. Das Schulsystem ist auch für viele Hinzugezogene ein großer Unsicherheitsfaktor.

Zusammenfassend bedeutet ein Umzug von West nach Ost erst einmal, auf Lebensqualität zu verzichten. Auf der anderen Seite, und dies soll nicht verschwiegen werden, stößt man auch auf Menschen, denen die bürokratische Distanz, Probleme anzugehen, fehlt. Dies wiederum macht das Land zu einem Abenteuer, das aber mit konstruktiv denkendem Kopf bewältigt werden muß.

Für die Thüringer selbst, soweit sie offen reden - ein Problem, das ein Westdeutscher schwer beurteilen kann, da der Anpassungsdruck nach westlichem Äußeren und Inneren immens hoch ist - beginnt die eigentliche Wendeerfahrung erst jetzt. Vielfach wurde die drohende Arbeitslosigkeit, die für die älteren Arbeitnehmer/innen und vor allem die Frauen eine bis zur Berentung sein kann, mit Optimismus überspielt. Jetzt aber, seit einigen Monaten, wird es vielen Kolleg/innen deutlich, daß sich der Arbeitsmarkt nicht so leicht mit Demonstrationen und Protesten bestimmen läßt, als vielleicht Regierungen. Unklar ist vielen, daß sie, trotz eines hohen Ausbildungsniveaus, keine Arbeit finden. Zwar ist die Kaufkraft im Vergleich zu den "alten Zeiten" gestiegen und viele Familien haben ein relativ hohes Sparkonto (durchschnittlich 20.000 DM), doch steigen mittlerweile auch die Preise ins Uferlose. Die Rechtsunsicherheit treibt tolle Blüten: Eine 1-Zimmerwohnung wurde so z.B. für 1.400 DM angeboten. Überflüssige und zu hohe Versicherungsabschlüsse sind das tägliche Brot der Verbraucherzentrale. Die Lebensmittelpreise

in den Geschäften liegen über denen in den alten Bundesländern, schon mangels Konkurrenz der betriebenen Einzelhandelsgeschäfte.

Unter all diesen Bedingungen, Zusammenbruch und zweifelhafter Aufbau, bricht eine Mentalität zusammen. Apathie, blinder Optimismus, konstruktiver Idealismus (bei denen, die Arbeit mit Zukunft haben), Verzweiflung (bei denen, die mit langjähriger Arbeitslosigkeit und Wohnungsproblemen rechnen müssen) bis hin zum Hang zur Gewalt.

Zwar ist die Kriminalitätsrate gestiegen, welche Rate früher jedoch galt, ist immer noch nicht eindeutig ausgewiesen. Die jugendlichen "Deutschnationalen", die man bei Fußballspielen treffen kann, sind noch nicht politisch "geführt". Ihnen sitzt der Frust der Übergangszeit, ihnen sitzt das Elend ihrer Wohnstätten noch näher, als die "Partei". Sie attackieren gleichzeitig die Ausländer, wie sie die "alten Seilschaften", die "roten Socken" attackieren. Aber ebenso die "Besserwesies", die doch gleichzeitig ihre Bewunderung haben. Daß sie ein erhebliches Potential für Rechtsradikalismus darstellen, steht außer Frage. Und die Kommunen haben die Situation vor lauter anderer Problematik sicher nicht erkannt. Die Ordnungskräfte selbst sind hier noch immer in der Diskussion der Vergangenheitsbewältigung, so daß sie sich eher aus diesem "politischen Feld" heraushalten. Sozialarbeit beginnt erst, und die Kirchen und Gewerkschaften können bislang nur vereinzelt eine präventive Aufklärung betreiben. Der Trend jedoch ist deutlich - die Radikalisierung der Jugendlichen nach rechts hängt ursächlich mit den sozialen und ökonomischen Problemen zusammen. Wenn hier nicht bald etwas geschieht, wird sich die Szene in absehbarer Zeit politisch einigen und einen nicht unerheblichen Teil am Erosionsprozeß der jungen Demokratie beitragen.

Die Gewerkschaften haben eine hohe Akzeptanz erreicht. Sie waren weder Parteien, die Wahlversprechen geben mußten, noch sind sie für den ausbleibenden Aufschwung verantwortlich zu machen. Gerade die Tarifabschlüsse haben vielen Bürgern Thüringens etwas Hoffnung gemacht. Für sie stand in den letzten Monaten eine Frage im Mittelpunkt: Wann werden sie West-Niveau erreichen. Durch die Abschlüsse konnte viel Sicherheit gegeben und sozialer Sprengstoff abgebaut werden.

Zur Zeit geht es darum, daß Thüringen und seine Landschaft nicht von Einzelinteressen bestimmt wird, die zur Folge haben, daß eine Inflation von Gewerbeflächen ohne Rücksicht auf Umweltschäden, Zerfallenlassen von noch nutzbaren Industrie- und Gewerbebetrieben, Vernichtung von sanierungsfähigem Wohnraum u.a. zugelassen wird. Dazu aber bedarf es einer breiten Mitbestimmung aller gesellschaftlich relevanten Kräfte. In Thüringen bestehen zumindest in diesem Bereich einige optimistische Ansätze.

Alexander Matwejew

Kommentar

Hauptstadt Berlin

Nun ist es amtlich, der Bundestag hat mit einer Mehrheit von 18 Stimmen beschlossen, daß in der deutschen Hauptstadt Berlin Parlament und Regierung ihren Sitz haben. Der Bundesrat will da nicht zurückstehen.

Der Beschluß war eigentlich die logische Konsequenz und die Einlösung der Politik, die alle Regierungen der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 betrieben haben. Auch der Deutsche Bundestag hatte in vielen Beschlüssen seinen politischen Willen bekundet, daß nach der Herstellung der deutschen Einheit Parlament und Regierung wieder in der deutschen Hauptstadt Berlin sein sollen. Jede andere Entscheidung wäre ein Betrug an den Menschen gewesen, die in einer friedlichen Revolution die Voraussetzung für die Herstellung der deutschen Einheit geschaffen haben.

Es wurde in den vergangenen 19 Monaten sehr oft von "historischen Stunden" oder "historischen Tagen" gesprochen. Der 20. Juni 1991 ist in der Tat ein solch historischer Tag, der in die deutsche Geschichte eingehen wird. An diesem Tag wurde die deutsche Vereinigung zumindest staatsrechtlich vollendet.

An der sozialen Vollendung der deutschen Einigung werden wir alle noch lange arbeiten müssen. Wir sind dazu verpflichtet. Der Osten darf nicht das Armenhaus der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Die Arbeitslosigkeit muß beseitigt werden, die Gesundheitsversorgung ist zu sichern, die Infrastruktur muß auf westlichen Standard gebracht werden, die Kommunen, Kreise und Länder müssen handlungsfähig werden und die erforderliche Finanzausstattung erhalten, die Wohnungsnot ist zu beseitigen: Die anfallenden Aufgaben lassen sich vielfältig weiterbeschreiben. Dabei ist klar, daß im Westen der Bundesrepublik Deutschland ähnliche Probleme bestehen, nur das Ausmaß ist geringer. Deshalb muß die Entwicklung aufeinander zugeführt werden, damit wir im gemeinsamen Europa handlungsfähig bleiben.

Bonn wurde zurecht bis vor wenigen Monaten als Provisorium bezeichnet. Nun muß in einer angemessenen Zeit dieser Zustand beendet werden. Es ist richtig, den Umzug in die Hauptstadt Berlin nicht überstürzt zu vollziehen. Die vom Bundestag beschlossenen Fristen, die volle Funktionsfähigkeit Berlins als Parlaments- und Regierungssitz soll in spätestens 10 bis 12 Jahren erreicht sein, ermöglichen es dieser Stadt, sich auf ihre Hauptstadtaufgabe gut und gründlich

vorzubereiten. Bonn hat die Gelegenheit, in dieser Übergangszeit seine Rolle in Europa zu bestimmen und zu festigen. Diese Stadt bleibt immer das zweitgrößte Verwaltungszentrum des Bundes.

Die Diskussion um die Kosten, die im Zusammenhang mit der Hauptstadt Berlin anfallen, ist notwendig, sie ist aber auch, sofern sie emotional geführt wird, falsch.

Ein großer Teil der Kosten wäre ohnehin angefallen. Die zu investierenden Gelder bleiben überwiegend rentierlich. Unter Berücksichtigung der vom Bundestag gesetzten Fristen verteilen sich die Kosten auf mehrere Jahre und bleiben somit überschaubar. Was sind 10 Mrd. DM pro Jahr, die in Berlin und Bonn für Deutschland investiert wurden, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß für einen sinnlosen, menschenvernichtenden und die Natur zerstörenden Golfkrieg 17,6 Mrd. DM innerhalb von drei Monaten verpulvert wurden?

Wir können und müssen uns Berlin leisten. Mit der Entscheidung für Berlin hat Deutschland wieder die Souveränität gewonnen, die es benötigt, um die seiner veränderten Stellung in der Welt angemessene Rolle zu übernehmen. Dabei darf nicht der Traum von nationaler Größe und militärischem Glanz das Deutschland der Zukunft bestimmen. Die Bundesrepublik Deutschland muß sich durch ihre Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn und den Ländern der sogenannten "Dritten Welt" durch kluge Selbstbeschränkung auszeichnen.

Die großen Aufgaben der internationalen Politik kann heute keine Nation mehr alleine lösen. Das gilt für Sicherheit, Frieden und die Ökologie ebenso wie für die Bereiche Wirtschaft, Energie und Verkehr.

Souveränität bedeutet in unserer Zeit verantwortliche Mitwirkung in der Gemeinschaft der Staaten. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, darauf zu achten, daß die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit in den nächsten Jahren nicht einer nationalen Hochstimmung geopfert werden.

Wir wollten alle die Teilung Deutschlands überwinden. Über 40 Jahre haben die Menschen in unserem Lande dafür gestritten. Berlin als Hauptstadt und Regierungssitz bietet allen Verantwortlichen in unserem Land die Chance, sich hautnah mit den Problemen im Osten Deutschlands zu befassen und somit die wirtschaftliche und soziale Einigung im Interesse aller Menschen unseres Staates zu beschleunigen.

Karl-Heinz Jungmann

Friedliche Entspannung - soziale Konflikte bei der Bundeswehr ?

Die grundlegende Veränderung der politischen und militärischen Situation in Europa führt - das ist erfreulich - auch zu einer Truppenreduzierung bei der Bundeswehr.

Tiefgreifende Veränderungen sind die Folge. Die Zahl der Soldaten ist bis Ende 1994 auf 370.000 zu verringern. Die Alliierten Streitkräfte verringern ebenfalls im Westen Deutschlands ihre Truppen erheblich.

Soweit es die Bundeswehr betrifft, hat der Bundesminister der Verteidigung im Mai ein Konzept zur zukünftigen Stationierungsplanung vorgelegt. Danach soll die vorgesehene "Reform" durch "eine beträchtliche personelle und organisatorische Rationalisierung ermöglicht" werden. In den Kommandobereichen sollen 7.500 Dienstposten eingespart werden. Auch das Zivilpersonal soll erheblich, von zur Zeit ca. 80.000 auf ca. 60.000 Beschäftigte, also um ein Viertel verringert werden.

Zwar sollen unumgängliche Veränderungen für Soldaten und Zivilbeschäftigte so sozialverträglich wie nur möglich gestaltet und regionalen Gesichtspunkten und Erfordernissen Rechnung getragen werden; allerdings werden wirtschaftliche und wegen der Knappheit der Mittel finanziell angemessene Lösungen angestrebt. Ältere Berufssoldaten und Zivilbeschäftigte sollen die Möglichkeit eines freiwilligen, vorzeitigen Ausscheidens erhalten. Besonders strukturschwache Regionen, in denen es zu einer spürbaren Verringerung kommt, soll über "die Instrumente der Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung und der Arbeitsmarktpolitik zur Schaffung neuer Arbeitsplätze" geholfen werden. Gleichzeitig wird aber von Soldaten und Zivilbeschäftigten "Einsatzfreude, Mobilität und die Fähigkeit zur Anpassung an veränderte Bedingungen gefordert". Ihnen wird ein "Anspruch auf die tatkräftige Hilfe und die Solidarität des Parlaments und der Regierung" zugesichert.

Es wird sich alsbald zeigen, ob diese vollmundigen Erklärungen das Papier wert sind, auf dem sie stehen.

Die zuständige Einzelgewerkschaft des DGB, die ÖTV nimmt am 12. Juli 1991 Tarifverhandlungen über die soziale Absicherung der Beschäftigten bei der Bundeswehr auf. Der Bund wird dann die Möglichkeit erhalten, tatkräftige Hilfe und Solidarität mit den Betroffenen zu beweisen, in dem die Forderungen der ÖTV anerkannt werden:

- Anwendung und Ausweitung bestehender Rationalisierungsschutztarifverträge auf Abrüstungsfälle,

- vorzeitiger Übergang aus der Zusatzverordnung für die vom Abbau betroffenen Beschäftigten und

- Qualifizierung, Umschulung und Fort- und Weiterbildung statt Entlassung.

An der ÖTV wird es nicht scheitern, "die Neugestaltung in einer sinnvollen und menschlich vertretbaren Weise" durchzuführen.

Abrüstung und friedliche Entspannung sind lebensnotwendig; sie darf jedoch nicht auf dem Rücken der von der Umstrukturierung Betroffenen ausgetragen werden. Denn auch sozialer Friede ist unverzichtbar.

Hartmut Schutz

Aus der Geschichte lernen

Um aus der Geschichte zu lernen und auch Lehren zu ziehen, muß man zunächst einmal die Geschichte auch kennen. Es ist erschreckend, feststellen zu müssen, wie wenig führende Politiker und Militärs die Geschichte kennen - und noch mehr - wie wenig sie daraus gelernt haben. Als jüngstes Beispiel drängt sich der Golfkrieg auf. Für mich hatten die Iraker zu keiner Zeit auch nur die Spur einer Chance, den Krieg erfolgreich zu beenden, zu ungleich waren die Gewichte verteilt. Für mich war es auch kein großartiger Sieg der Amerikaner, denn wenn der 1. der Bundesliga gegen eine Mannschaft der Kreisklasse haushoch gewinnt, dann klatscht hier keiner Beifall. Allenfalls war es eine taktische Meisterleistung der Amerikaner, den Gegner zielstrebig und bewußt ins eigene Messer laufen zu lassen. Erschreckend für mich war nur, wie sogenannte oder auch selbsternannte Militärexperten die unsinnigsten Voraussagen kurz vor oder während des Golfkrieges von sich gaben. Von bis zu 100 000 Toten der Alliierten, von langer Dauer des Krieges usw. war die Rede. Haben denn diese "Experten" nicht aus der Geschichte gelernt. Für mich war noch die Erstürmung des Westwalls 1944 in Erinnerung, als die Alliierten unter weitaus schwierigeren Bedingungen gegen weitaus bessere Soldaten, als die Irakis es waren, die Schlacht gewannen. Damals wie jetzt entschied die technische Überlegenheit und die Luftwaffe den Krieg, und dies war voraussehbar. Aber einige der sogenannten Militärexperten gaben ihre Kommentare nach dem Motto ab, daß nicht sein kann, was nicht sein darf.

Aus der Geschichte lernen, hätte auch für deutsche Politiker und Militärs nach 1918 heißen müssen, niemals wieder einen 2-Fronten-Krieg zu führen, niemals Rußland anzugreifen, (die Niederlage Napoleons, der an der Weite des Raumes und am russischen Winter scheiterte, hätte als Lehre dienen müssen), und niemals gegen USA Krieg zu führen. (deren technische Überlegenheit und deren unerschöpfliche Reserven hatten doch schon 1917/18 zu Deutschlands ungunsten den Ausschlag gegeben.). Aber deutsche Politiker und Militärs hatten nicht aus der Geschichte gelernt, und so, kam, was kommen mußte, und das gründlich.

Nach meiner Verhaftung und Verurteilung zu 25 Jahren

Zwangsarbeit wegen sozialdemokratischer Betätigung im Jahre 1949 durch die Sowjets, haben wir politischen Häftlinge in Bautzen (zu 80% Sozialdemokraten, zu ca. 12% Liberale und zu ca. 8% christliche Demokraten) uns immer und immer wieder die Frage gestellt, wäre Hitler zu verhindern gewesen und welche Lehren müßten wir auch aus dem teilweisen Versagen der demokratischen Parteien vor 1933 ziehen. Gleichzeitig haben wir hart darüber diskutiert, was müssen wir tun, damit sowas nicht nochmal passiert. Über Parteigrenzen hinweg waren wir uns alle einig, daß die Uninteressiertheit und die Unwissenheit breiter Bevölkerungsteile mit zur Machtergreifung Hitlers geführt hat. Wir waren uns darüber einig, daß man die Menschen nicht dazu zwingen kann, in eine Partei einzutreten und politisch mitzuarbeiten, wohl aber, sie politisch aufzuklären und Interesse an der Politik zu wecken. Einer von uns politischen Häftlingen sagte damals zutreffend: Wenn sich der Bürger nicht mit Politik befaßt, dann befaßt sich die Politik eines Tages mit dem Bürger selbst, und er findet sich im Massengrab wieder. Der Sinn dieses Ausspruchs ist ganz klar: nur politisch unmündige und unaufgeklärte Staatsbürger wählen links- oder rechtsextreme Parteien, und diese, dann einmal an der Macht, heben alle bürgerlichen Freiheiten auf. Und bald wird dann wieder marschiert, bis zum Endsieg, bis zum Massengrab.

Wir waren damals der Ansicht, daß viel mehr in den Schulen, besonders auch in den Berufsschulen, die jungen Staatsbürger über die Gefahren extremer Parteien aufgeklärt werden müssen. Wir vertraten auch die Ansicht, daß der Staat bei der Ausbildung seiner Beamtenanwärter und Auszubildenden für ihre künftige Laufbahn im Staatsdienst viel mehr Wert legen muß auf eine Aufklärung über die Gefahren, die durch rechts- bzw. linksextreme Parteien entstehen können. Hier wird meiner Ansicht nach viel zu wenig getan, und es besteht die große Gefahr, daß diese Versäumnisse sich einmal rächen. In meiner Tätigkeit auch als Ausbildungsleiter für 300 Auszubildende hat mich deren Unwissen in politischen Dingen oftmals zutiefst erschüttert. Auch als Personalchef einer großen Behörde hat mir die positive Einstellung einiger Mitarbeiter zu extremen Parteien sehr zu denken gegeben.

Meine politischen Freunde und ich stellen uns oft die Frage, wie gefestigt ist unsere junge Demokratie, ist sie gegenüber rechts- oder linksextremen Parteien anfällig? Nun, darüber kann man wohl erst Auskunft geben, wenn unsere Demokratie einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt wird. Geht es den Bürgern gut - und seit 1949 geht es uns praktisch von Jahr zu Jahr besser - besteht diese Gefahr nicht. Ein Hitler wäre auch nie an die Macht gekommen unter jetzigen Bedingungen. In guten Zeiten müssen sich links- bzw. rechtsextreme Parteien mit ca. 5-10% der Wählerstimmen begnügen. Die jetzige wirtschaftliche und politische Lage ist kein Nährboden für extreme Parteien. Wehe aber, wenn es einmal zu einer schweren Belastungsprobe kommt, sei es durch Massenarbeitslosigkeit oder sonstige Umstände. Hat dann der Staat vorgesorgt, hat er aus der Geschichte gelernt und seine Bürger genug aufgeklärt, damit sie dann nicht auf Demagogen, Scharlatane usw. reinfallen: Ich bin davon nicht ganz überzeugt. So wie

man erst in Notzeiten weiß, ob man wirklich Freunde hat, so gilt dies auch für die Festigkeit der Demokratie. Ich erwähnte anfangs schon, daß eine viel diskutierte Frage von uns politischen Häftlingen in Bautzen war: Konnte man Hitler verhindern? Zunächst kann man nicht umhin festzustellen, daß 1918 die Franzosen und im geringeren Maße auch die Engländer alles taten, um den Nährboden für einen Hitler vorzubereiten. Das Friedensdiktat von Versailles lieferte ihm die Gründe frei Haus, um die junge Demokratie zu verunglimpfen und deren Führer als "Novembervbrecher" und "Erfüllungsgehilfen der Westmächte", die dieses Diktat unterschrieben haben, immer wieder anzugreifen. Selbst der französische Marschall Foch, nicht unbedingt ein Freund Deutschlands, stellte 1918 hellseherisch fest: "Der Friede von Versailles ist kein Friede, sondern ein Waffenstillstand, der 20 Jahre halten wird." Und genau nach 20 Jahren begann der Zweite Weltkrieg. Aber auch englische Diplomaten wie H. Nicolsen schrieben 1919: "Es gibt unter uns jüngeren Diplomaten keinen einzigen, der über die Bedingungen dieses Vertrages nicht entsetzt ist. Selten in der Geschichte der Menschheit ist soviel Rachsucht in salbungsvolle Sophistik gekleidet worden." Mit dem Diktat von Versailles wurde der Keim zum 2. Weltkrieg gelegt. Die Amerikaner erkannten das, sie unterschrieben den Vertrag nicht. Gott sei Dank, haben die westlichen Siegermächte aus der Geschichte 1945 gelernt. Dem deutschen Volk blieb, obwohl hier vielleicht begründeter, 1945 ein zweites Versailles erspart.

Die politische Kurzsichtigkeit der Siegermächte des 1. Weltkrieges zeigte sich auch im Vertrag von Saint-Germain. Ohne die betroffenen Völker zu fragen, entstanden die Tschechoslowakei und Jugoslawien. Katholische Slowenen und Kroaten, in Feindschaft zu orthodoxen Serben und zu Muselmanen in Kosovo, wurden in einem Staat zusammengefaßt. Wie politisch unklug dies war, wird uns gerade jetzt vor Augen geführt.

Aber nun zurück zur jungen Weimarer Republik. Ihr blieb nicht erspart, das Diktat von Versailles zu unterschreiben. Gewalt geht nun mal vor Recht, und eine Weigerung hätte die völlige Besetzung Deutschlands durch französische und englische Truppen zur Folge gehabt.

Es war gewiß auch ein Fehler, daß nicht die verantwortlichen Militärs wie Ludendorff und Hindenburg, sondern die Zivilisten H. Müller und J. Bell das Friedensdiktat von Versailles unterschrieben. Denn so konnte der unselige General Ludendorff 1919 die Dolchstoßlegende in Umlauf setzen. Gegenüber General Malcolm behauptete er: "Wir sind nicht besiegt worden, man hat uns einen Dolchstoß in den Rücken versetzt, die Heimatfront hat versagt." Und diese bewußte Lüge, obwohl die Front zu dem Zusammenbruch stand. Auch hier haben die Alliierten aus der Geschichte gelernt. Die Kapitulationsurkunden des 2. Weltkrieges mußten Militärs unterschreiben.

Die junge Weimarer Republik hatte fortan auch mit der Lüge von der Dolchstoßlegende zu leben, die besonders Hitler gern gebrauchte. Die Unterzeichner und Ratifi-

zierer des Diktates von Versailles, die demokratische Linke (SPD) bis zur Mitte (Zentrum und Linksliberale) mußten jetzt mit dem Schimpfwort "Novembervbrecher" leben, solange die Republik bestand. Damit haben die Siegermächte der jungen Weimarer Demokratie einen Bärendienst erwiesen und sind mit Schuld an dem späteren Verfall. Mit dem Wahlzettel wird bei den 1. Reichstagswahlen 1920 die Empörung des deutschen Volkes über die unmenschlichen Bedingungen der Franzosen und Engländer in dem Friedensdiktat zum Ausdruck gebracht. Gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung verliert die SPD über 60 Mandate, die Linksliberalen büßen 36 Sitze ein und das Zentrum 27. Insgesamt ist dies ein Rückgang um mehr als ein Drittel der parlamentarischen Repräsentation. Gewinner sind die Feinde der Demokratie auf der Rechten und der Linken. Die junge Demokratie hat von den Wählern einen ersten Denkkzettel erhalten, bedingt durch die Kurzsichtigkeit der Siegermächte.

Die Verfassung der Weimarer Republik war geprägt vom aufrichtigen Willen zur besten Tradition und mit Anleihen aus den Verfassungen Frankreichs, der Schweiz und der Vereinigten Staaten. Es war für Deutschland die freiheitlichste Staatsordnung, die man sich wünschen konnte. Aber die freiheitlichste Staatsordnung auf dem Papier ist nur das Wert, wie sich die soziale und politische Großwetterlage darstellt. Sie ist auch nur so leistungsfähig, wie die Gesellschaft, die sie trägt. Und diese Gesellschaft ist zum Teil noch nicht reif für die Demokratie. Die Zeitverhältnisse, wie sie zwischen 1918 und 1933 bestanden haben, erweisen sich jetzt als ein Härtestest, dem die Weimarer Republik nicht gewachsen war. Ich wage, zu behaupten, daß vielleicht auch andere Völker unter diesen Voraussetzungen diesen Härtestest nicht bestanden hätten und in eine Diktatur abgeglitten wären. Für einen Demagogen und politischen Glücksritter und Diktator war der Nährboden bestens vorbereitet, um an die Macht zu kommen.

Schon bald mußten die staatstragenden Parteien der Weimarer Republik, insbesondere SPD, Zentrum und Linksliberale einen 2-Fronten-Krieg führen. Insbesondere Nationalsozialisten, Deutschnationale und Kommunisten standen den "Novembervbrechern" in unversöhnlichem Haß gegenüber. Diese Parteien und überhaupt die Demokratie waren nach Ansicht der Nazis und Kommunisten schuld an der ganzen Misere.

Hierbei wird verschwiegen, daß sich die SPD in der Stunde der Not 1918 nicht der Verantwortung entzogen hat. Sie war vaterlandstreu, und der SPD ist es hauptsächlich zu verdanken, daß der Weg der parlamentarischen Republik und nicht der Räterepublik eingeschlagen wurde. Sie war bereit, die Suppe auszulöffeln, die andere eingebrockt hatten. Doch die anderen zogen daraus jetzt den Nutzen.

Kommunisten und Nazis bekämpften sich gegenseitig, aber fast mit noch größerer Brutalität die SPD und deren Reichsbanner. "Reichsbanner" spotteten Kommunisten und Nazis über das Reichsbanner, genauso weich wie Bananen, genauso krumm. Die Sozialdemokraten wurden mit "Radieschen" betitelt, außen rot und innen weiß. Die Führung der KPD nannte die SPD Sozialfaschisten, um die Arbeiter von der SPD zu trennen und

durch die gesteigerte Bürgerkriegsstimmung den Nazis in ihrem Kampf um die Macht zu helfen. Und so schaukelte links rechts hoch oder auch umgekehrt. Ins Abseits gerieten dabei immer mehr die demokratischen Parteien, und dies, obwohl die SPD immer wieder warnte: wer Hitler wählt, der wählt den Krieg. Doch das wollte keiner hören, obwohl es doch schon auf den Straßen zu hören war. Die SA-Kolonnen zogen johlend durch die Straßen mit ihrem Lied "Wir werden weiter marschieren, bis alles in Scherben fällt, denn heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt." Es wurde dann ja auch weiter marschiert, bis Deutschland in Trümmern lag.

Es wurde viel darüber geschrieben, ob die SPD-Führung nach Absetzung der preußischen Regierung "Braun/Severing" nicht den Generalstreik hätte ausrufen müssen. Hierbei verkennt man, daß die Regierung "Braun/Severing" bei den Wahlen am 24.4.32 von den Wählern bereits abgewählt wurde und nur noch geschäftsführend im Amt war. Außerdem wäre der Aufruf zum Generalstreik nicht vollständig befolgt worden.

Zur Machtergreifung Hitlers hat sicherlich mit dazu beigetragen, daß insbesondere die Deutschnationalen, aber auch andere bürgerliche Parteien, Hitler gewaltig unterschätzt haben. Deren Führung hat wohl nie sein Buch "Mein Kampf" gelesen. Besonders dilettantisch haben sich hierbei Hugenberg und von Papen benommen. Sie gaben sich der Illusion hin, Hitler schon zähmen zu können. Aber auch noch nach der Machtergreifung Hitlers haben die bürgerlichen Parteien jede politische Weitsicht vermissen lassen. Als als erstes die KPD verboten wurde, fand man das zwar undemokratisch, aber es traf nach ihrer Ansicht ja auch eine undemokratische Partei. Als dann als nächstes die SPD und die Gewerkschaften an die Reihe kamen, fand man das höchst bedenklich und absolut undemokratisch, aber, Gott sei Dank, man selbst war ja davon nicht betroffen. Es war vorausschaubar, daß dies nur noch für eine kurze Zeit war. Doch am unheilvollsten war es dann mit der Zustimmung aller bürgerlichen Parteien zu Hitlers Ermächtigungsgesetz. Welche Kurzsichtigkeit, einem Verbrecher eine Waffe in die Hand zu geben mit dem Gedanken - 'aber gegen uns darfst Du sie nicht benutzen.' Aber es gab doch eine Partei, die nicht kurzsichtig war, die in schwerster Zeit Verantwortungsbewußtsein bewies, die SPD. Unvergessen vor der Geschichte werden stets die Worte des SPD-Führers Wels sein: "Man kann mir die Freiheit und das Leben nehmen, niemals aber die Ehre, wir stimmen mit 'Nein'."

Aus meinen Ausführungen kann man entnehmen, daß die Startbedingungen für die junge Weimarer Republik die denkbar ungünstigsten waren. Der Bundesrepublik blieben, Gott sei Dank, solche Startschwierigkeiten erspart. Wir müssen aber alles daran setzen, daß so etwas nicht noch einmal passiert. Dazu gehört nach meiner Ansicht mehr politische Aufklärung insbesondere schon in den Schulen und etwas gegen die Parteien- und Politikverdrossenheit der Bürger zu unternehmen. Viele Wähler sind doch der Ansicht, daß man doch nur "das kleinere Übel" wählen kann. Darüber sollten sich die Politiker nicht wundern. Würde ein Bewohner eines anderen Planeten an einer Bundestagssitzung teilneh-

men, dann kann er nur den Eindruck mitbekommen, daß allein die Regierung im Besitz der reinen Wahrheit ist und die Opposition absolute Nullen, deren Vorschläge geradezu idiotisch sind bzw., daß die Regierung alles falsch macht, was nur falsch zu machen ist, und nur die Opposition den rechten Weg aus der miserablen Situation weiß. Sowa kommt bei den Wählern nicht an, und die demokratischen Parteien sollten pfleglicher miteinander umgehen, so nach dem Motto: "Was Du nicht willst, daß man Dir tu, das füge auch keinem anderen zu."

Reichsbanner intern

Aus den Ortsvereinen

Im folgenden soll ein kurzer Rückblick auf die Arbeit und die Aktivitäten des Ortsvereins Frankfurt seit 1989 gegeben werden. Am 23.3.91 wurde der Vorstand neu gewählt.

Wiedergewählt wurden: Kamerad Alfred Körner als 1. Vorsitzender, 2. Vorsitzender Emil Höck, Maria Jül als Kassiererin und Anneliese Bürner, als 2. Kassiererin. Neu im Vorstand sind Norbert Biba als 1. Schriftführer und Stellvertreter Rolf Kraus.

Im Berichtszeitraum wurden auch zahlreiche Vortragsveranstaltungen durchgeführt, z.B. zur Situation der Ausländer in der Bundesrepublik, zu den Veränderungen in der ehemaligen DDR, zum Thema "Wo endet Europa und Zerfall der Sowjetunion" und zur Situation in der DDR nach Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, zuletzt der aktuelle Vortrag "Der 2. Golfkrieg und die neue Weltordnung" von Dr. Peter Scherer.

An den Jahrestagen des 20. Juli 1944 nahmen Kameraden an Gedenkfeiern in der Paulskirche ebenso teil wie am Volkstrauertag.

Auch die persönlichen Kontakte wurden gepflegt. So wurde im August 1989 eine Busfahrt zum "Deutschen Weintor" über Bad Dürkheim, Neustadt, das Hambacher Schloß und weiter über die Weinstraße nach Landau bis zur französischen Grenze durchgeführt. Beeindruckend war insbesondere der Abstecher durch den Pfälzerwald mit seinen Burgen. Kurt Kelly verstand es dabei hervorragend, während der Fahrt die historischen Hintergründe der wechselvollen Geschichte der Pfalz als Grenzgebiet darzulegen.

Wegen der Beliebtheit unserer seit vielen Jahren durchgeführten Busfahrten ist die Bus- und Dampferfahrt am 16. August zu Rhein und Mosel bereits lange vorher ausgebucht.

Die jeweiligen Jahresabschlußveranstaltungen mit Musik und Tanz sind allen als gemütlicher und stimmungsvoller Nachmittag in schöner Erinnerung.

Alfred Körner

Briefe und Meinungen

Alle Briefe, die uns erreichen, werden sorgfältig gelesen. Nicht alle Briefe können veröffentlicht werden. Je kürzer ein Leserbrief ist, desto größer sind die Chancen zur Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Für veröffentlichte Leserbriefe übernehmen wir nur die presserechtliche Verantwortung.

Zu Heft 4/1990:

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

so erfreulich die Berücksichtigung der Bundeswehr in diesem Heft ist, bedarf die Wiedergabe eines Kommentars aus "Innere Sicherheit" zur Oder-Neiße-Linie doch nachhaltiger Kritik. Es ist zwar verständlich, daß das BMI sich zum Anwalt der Bundesregierung und parlamentarischer Beschlüsse macht, das muß aber nicht zur Folge haben, daß sich das Organ des RB der Meinung anschließt, alle Kritiker oder Gegner der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens als Rechtsextremisten zu bezeichnen.

Es sei daran erinnert, daß anlässlich der Bundeskonferenz 1990 diese Frage kontrovers debattiert wurde, um schließlich festzustellen, "hierzu ist das letzte Wort noch nicht gesprochen". Wer will auch aktive Widerstandskämpfer und alte RB-Kameraden wie Georg Prinz und Volkmar Zühlsdorff als Rechtsextremisten einstufen, die - neben anderen - große Bedenken gegen eine derartige Anerkennung ausgesprochen haben? Wer will die 16 Abgeordneten, die gegen den Grenzvertrag gestimmt haben, als solche bezeichnen? Auch der millionenstarke überparteiliche Bund der Vertriebenen und die Landsmannschaften gehören dazu. Gleiches gilt für die große Zahl deutscher und ausländischer Völkerrechtler, wonach Verträge nicht einzuhalten sind, wenn sie rechtswidrig sind. (Siehe Haager Landkriegsordnung, Genfer Konvention, usw.)

Nachrichten, Namen, Notizen

Jahresbericht 1990 des Wehrbeauftragten

Der Jahresbericht des Wehrbeauftragten gibt Hinweise darauf, wo es in der Bundeswehr noch Schwächen gibt, die abgebaut werden müssen.

Der Wehrbeauftragte hat darauf hingewiesen, daß neben der überraschenden Verkürzung des Grundwehrdienstes von 15 auf 12 Monate vor allem die Vorbereitung des Personalabbaus auf insgesamt 370.000 Soldaten und der Aufbau der Bundeswehr im beigetretenen Teil Deutschlands bevorgestanden hätten, so daß die Schwerpunkte des Jahresberichts 1990 vorbestimmt gewesen seien. Er habe sich zwar wie in früheren Jahren auch im vergangenen Berichtsjahr beispielsweise mit Fragen der Menschenführung, mit Personalangelegen-

heiten der Berufs- und Zeitsoldaten sowie mit Fragen der Fürsorge und Betreuung befaßt, jedoch hätten diese Themen meistens im Zusammenhang mit der Umfangsreduzierung bzw. mit Fragen, die sich aus der Übernahme des Personals, des Materials sowie der Liegenschaften der früheren Nationalen Volksarmee ergaben, gestanden.

Im Zusammenhang mit der Golfkrise und vor dem Hintergrund der sich ändernden politischen Großwetterlage, so der Wehrbeauftragte weiter, müßten die Einsatzmöglichkeiten der Streitkräfte überprüft werden. Jedem Soldaten müsse zukünftig vor Eintritt seines Wehrdienstes bzw. vor einer Verpflichtung als Zeit- oder Berufssoldat bewußt sein, unter welchen Voraussetzungen er möglicherweise mit einem Einsatz zu rechnen hat. Dies sei der Staat sowohl seinen Staatsbürgern in Uniform als auch deren Angehörigen schuldig. Viele Soldaten habe es befremdet, daß sie noch während einer kontrovers geführten politischen Diskussion zu einem Einsatz kommandiert wurden. Er als Wehrbeauftragter habe leider den Eindruck gewinnen müssen, daß sich manche von ihnen ungenügend vorbereitet und von der politischen Führung alleine gelassen fühlten.

Im Zusammenhang mit der Umfangsreduzierung habe es erste Vorentscheidungen hinsichtlich der künftigen Stationierungen von Teilen der Streitkräfte gegeben. Diese Entscheidungen berührten die Belange vieler Soldaten und ihrer Familien in erheblicher Weise. Immer wieder, so der Wehrbeauftragte, beklagten sich Soldaten darüber, daß die im Rahmen der Reduzierung unausweichlichen Entscheidungen hinausgezögert würden.

Wie auch in seinem schriftlichen Bericht betonte der Wehrbeauftragte erneut, daß die Gleichstellung zwischen den Wehrpflichtigen in den alten und in den neuen Bundesländern, insbesondere auch hinsichtlich der Höhe des Entlassungsgeldes, dringend geboten sei. Zur Gleichbehandlung aller Wehrpflichtigen gehöre auch, vergleichbare Verhältnisse in der

Infrastruktur der Kasernenanlagen herzustellen. Es könnten zwar keine Fortschritte über Nacht erreicht werden, dennoch geböten die teilweise nahezu menschenunwürdigen Zustände in den Unterkünften, daß die notwendigen Sanierungsarbeiten zügig vorangetrieben werden.

Neu: "Ratgeber für die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern"

Ganz auf die Fragen und Bedürfnisse der Menschen in den neuen Ländern zugeschnitten ist eine Informationsbroschüre des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung mit dem Titel "Ratgeber für die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern."

Die Broschüre will dabei helfen, sich schnell und umfassend über Rechte, Chancen und Möglichkeiten in den wichtigsten Lebensbereichen zu informieren. Sie gibt konkrete Hinweise zu einer Fülle von Stichworten wie z.B. Arbeitsleben, Ausbildung, Gesundheitswesen, Rente oder auch Rechtsschutz. Weitere Themenbereiche sind der Verbraucherschutz, die Steuern, der Weg zur beruflichen Selbständigkeit, Vermögensfragen sowie die Landwirtschaft. Darüber hinaus enthält die Schrift wichtige Informationen für behinderte Menschen. Angesprochen werden auch Fragen in Zusammenhang mit Wehr- und Zivildienst. Weitere Kapitel sind der Sozialhilfe, der Familie und dem Themenkreis Wohnen und Mieten gewidmet. Informationen gibt es ferner zu Fragen der Post und der Telekommunikation, des Verkehrs und der Verwaltung. Ein umfangreiches Verzeichnis wichtiger Adressen von Einrichtungen, die weitergehende Informationen und Hilfsmöglichkeiten anbieten, sowie ein ausführliches Stichwortverzeichnis runden diesen Ratgeber ab.

Die Broschüre kann kostenlos bezogen werden beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA), Welckerstraße 11, W - 5300 Bonn 1, oder bei der Außenstelle Berlin des BPA, Mohrenstraße 36/37, O - 1080 Berlin.

Das Reichsbanner Erscheint seit 1924
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.

und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main

"Das Reichsbanner ist eine Publikation des Bundesvorstandes des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner Straße 69-77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6.00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahreschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 6230 Frankfurt am Main 80.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Alexander Matwejew (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebs: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

In einer Zeit des politischen Aufbruchs sind die Erfahrungen der Demokraten wichtiger denn je. Darum bittet die Redaktion die Kameraden darum, für das Reichsbanner und seine Zeitung zu werben.

Ich bestelle die Zeitschrift DAS REICHSBANNER - Forum aktiver Demokraten.

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Wohnort: _____

Datum: _____

Ich bin auch an einer Mitgliedschaft im REICHSBANNER interessiert: Ja / Nein